



Telefon +41 (0)52 632 73 61  
Fax +41 (0)52 632 72 00  
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

## **Aus den Verhandlungen des Regierungsrates**

### ***Ja zu Verordnung über Schadstoff-Freisetzungsregister***

Der Regierungsrat äussert sich grundsätzlich positiv zur vorgeschlagenen Verordnung über ein Schadstoff-Freisetzungsregister. In dieser öffentlich zugänglichen Datenbank sollen die Freisetzung bestimmter Schadstoffe und der Transfer bestimmter Abfälle registriert werden. Die neue Verordnung will die notwendige Rechtsgrundlage für ein solches öffentliches Register schaffen. Der Regierungsrat begrüsst es, dass sich Produzenten von Schadstoffen zu erkennen geben müssen und mittels einer Datenbank erfasst werden, wie er in seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation festhält. Diese positive Haltung steht aber unter dem Vorbehalt, dass die Erstellung des Registers effektiv zu einer Reduktion der Schadstofffreisetzungen in die Umwelt führt. Daneben verlangt die Regierung gewisse Präzisierungen und Ergänzungen.

Mit dieser neuen Verordnung zum sogenannten "Pollutant Release and Transfer Register" (PRTR) wird die Schweiz die Vorgaben der UNO-Wirtschaftskommission für Europa erfüllen. Die neue Verordnung soll zusammen mit der Ratifizierung des PRTR-Protokolls in Kraft treten. In der Schweiz betrifft die Verordnung rund 1'000 grosse und mittlere Betriebe. Im Kanton Schaffhausen werden voraussichtlich maximal sieben Betriebe betroffen sein. Zusätzlich zu den Daten aus den Betrieben werden auch Informationen über Freisetzungen von Schadstoffen aus diffusen Quellen wie Verkehr, Industrie und Gewerbe sowie Land- und Forstwirtschaft im Register enthalten sein. Das Register wird vom Bund geführt und soll für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Die von den Betrieben gelieferten Daten müssen von den zuständigen kantonalen Stellen insbesondere bezüglich Vollständigkeit und Glaubwürdigkeit überprüft werden.

Schaffhausen, 22. August 2006  
bis und mit Nr. 32/2006  
29/2006

*Staatskanzlei Schaffhausen*